

## Protokoll:

Es wird um Erörterung gebeten, wo die Erträge für die Durchführung der Wochenmärkte durch die Marktgilde vereinnahmt werden. In Bezug auf die dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegte Übersicht der Erträge und Aufwendungen aus Flohmärkten wird um Erläuterung gebeten, weshalb der Ertrag aus den Standgeldern im Mai (12.024 €) gegenüber den Märkten im Juli und September so hoch ausgefallen sei. In der dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegten Übersicht der Erträge und Aufwendungen aus Flohmärkten wird aufgeführt, dass für die Reinigung nach Durchführung der Flohmärkte zusätzlich 9.000 Euro Reinigungsaufwendungen anfallen. In diesem Zusammenhang soll geklärt werden, um wieviel Euro die Standgelder erhöht werden müssten, um zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Es wird um Erörterung der Steigerung der auf den freiwilligen Leistungsbereich entfallenden Personal- und Versorgungsaufwendungen im Teilhaushalt 09 "Kultur" (+1.010.010 €) gebeten.

Frau Brockmann-Kneip (Leiterin Kämmerei) erläutert zu P501005 - Spielplatz „In der Grünwies“, die verwaltungsinterne Koordination müsse hier noch besser werden. Im 1. Quartal 2018 solle in einer der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses weiter informiert werden, nachdem der Ortsbeirat informiert worden sei.

Bezüglich des Projektes „Deutschland.Deine Tour“ führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aus, der Haupt- und Finanzausschuss habe zugestimmt, dass Koblenz der Startpunkt für die Tour wird, wenn die Kosten nicht über die Lizenzgebühren in Höhe von 50.000 € und Nebenkosten von 20.000 € hinausgehen. Die Stadt habe mittlerweile fast in Höhe der Lizenzgebühren Sponsoring Zusagen erhalten. Derzeit stehe die Verwaltung noch in Verhandlungen mit dem Veranstalter über die Höhe der Nebenkosten. Der Vorsitzende schlägt vor, bei den bisherigen Überlegungen zu bleiben und maximal 20.000 € an Nebenkosten zu akzeptieren. Die Mittel hierfür sollten nach Möglichkeit auch durch Sponsoring aufgebracht werden, ansonsten aus den von 15.000 € auf 50.000 € aufgestockten Mitteln bei „Ausrichtung von Events“. Wenn sich die Verhandlungen in die Richtung entwickeln sollten, dass höhere Nebenkosten verlangt werden, würde von der Durchführung der Veranstaltung in Koblenz Abstand genommen werden. Andernfalls würde die Veranstaltung zu den genannten Konditionen durchgeführt werden. Aus dem Haupt- und Finanzausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen diese Vorgehensweise. Für den Fall, dass die Kosten 70.000 € nicht übersteigen, beschließt der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen eine Zweckbindung aus den 50.000 € unter „Ausrichtung von Events“ für die 20.000 € Nebenkosten aus dem Projekt „Deutschland.Deine Tour“.

Auf die Nachfrage bezüglich der Situation in der Grundschule Niederberg wird mitgeteilt, dass das Kultur- und Schulverwaltungsamt mit der Wohnbau Kontakt aufnehmen werde um zu klären, ob bis Mai 2018 der Mietvertrag gekündigt werden müsse um die Räumlichkeiten der Grundschule Niederberg in 2019 erwerben zu können. Es müsse zudem mit der Wohnbau erst noch verhandelt werden ob diese überhaupt bereit sei, die Räumlichkeiten zu verkaufen.

Die CDU-Fraktion beantragt, den Ansatz für Städtepartnerschaften um 10.000 € zu erhöhen. Der Antrag wird durch den Haupt- und Finanzausschuss einstimmig angenommen.

Herr Dietze (Intendant des Stadttheaters) wird in einer der nächsten Sitzungen des Kulturausschusses die Gegenüberstellung der Übernachtungskosten zum Ankauf einer Wohnung darstellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, bei den räumlichen Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Produkt 5111), den Ansatz der Erträge auf 22.640 € zu reduzieren und den Ansatz der Aufwendungen auf 28.300 € zu reduzieren.

Herr Hoffmann (Leiter Eigenbetrieb Koblenz-Touristik) erklärt, die derzeitige Erlaubnis zum Liegen von Schiffen in dritter Reihe sei eine Testphase, um herauszufinden inwieweit sich eine Erweiterung der Schiffstromversorgungsanlage lohnen würde. Diese Testphase werde noch in diesem Jahr enden. Anschließend werde berichtet, inwieweit eine Beeinträchtigung stattgefunden habe und inwieweit sich eine Erweiterung der Schiffstromversorgung ergeben könnte.

Herr Schleiffer (Leiter Rechtsamt) führt zum weiteren Verfahren in der Grunderwerbsangelegenheit „Alte Münz“ aus, der Vertrag müsse aufgrund mehrerer Änderungen notariell neu gefasst werden. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, würden im Zuge dessen neue Fristen festgelegt, die sich vom Zeitablauf her an dem ursprünglichen Vertrag orientieren.

Die CDU-Fraktion beantragt, Gelder für den Ausbau des Esso-Verbindungsweges im Etat 2018 einzustellen. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass es sich hierbei um ein neues, nicht unabweisbares Projekt handle, dessen Umsetzung einen Verstoß gegen den Eckwertebeschluss darstelle. Der Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen bei 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte die Verwaltung geprüft, ob Mittel für eine Machbarkeitsstudie im Zusammenhang mit der Errichtung einer Brückenüberquerung Goldgrube-Rauental eingestellt werden könnten. Die Kosten lägen hiernach bei 30.000 €. Im Haushalt seien genügend Mittel hierfür vorhanden, sodass die Machbarkeitsstudie ohne zusätzliche Belastung des Haushaltes erstellt werden könne. Herr Seuling bittet darum, dass die Prüfung der barrierefreien Anbindung ausdrücklich als Prüfauftrag darin enthalten sein solle.